

## Preisreform, Wettbewerb, Privateigentum

Reformvorschläge für die Sowjet-Wirtschaft / Eine OECD-Studie

OECD/Weltbank (Herausgeber): *A Study of the Soviet Union*. 3 Bände, Washington/Paris 1991, 1168 Seiten, 148 DM.

OECD/Weltbank (Herausgeber): *The Economy of the USSR. Summary and Recommendations*. Washington/Paris 1991, 52 Seiten, 25 DM.

Die sowjetische Volkswirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Auch die Verfasser der OECD-Studie, Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der OECD sowie der neugegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, bestätigen das düstere und chaotische Bild des Landes.

Die drei Bände der Studie enthalten ausführliche Informationen über den Zustand der sowjetischen Wirtschaft und über empfohlene Reformmaßnahmen – erläutert durch zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen (Auftraggeber war die Siebener-Gruppe, die auf der Weltwirtschafts-Gipfelkonferenz 1990 in Houston die Analyse angeregt hatte). Am Ende des dritten Bandes ist eine achtzehn Seiten umfassende Bibliographie aufgeführt, die einen Überblick über westliche englischsprachige und sowjetische Publikationen gibt.

In der Studie wird auf die außerordentliche Komplexität der Reform der sowjetischen Wirtschaft hingewiesen; viele Jahre seien hierfür anzusetzen. Am Beginn des Transformationsprozesses müßten radikale Reformmaßnahmen in drei Schlüsselbereichen stehen, makroökonomische Stabilisierung, Preisreform und Wettbewerb, eindeutige und unwiderrufliche Zeichen in Richtung Privateigentum. Hierfür seien grundlegende Strukturveränderungen erforderlich. Zur Abfederung von sozialen Härten für Konsumenten und Unternehmen (verursacht durch Freigabe der Preise, Arbeitslosigkeit sowie durch Kosten für die Umstrukturierung) werden zusätzliche Maßnahmen befürwortet.

Im ersten Band werden zunächst in groben Zügen die Geschichte und die

Struktur des traditionellen zentralen Planungssystems sowie die wirtschaftliche Entwicklung bis 1985 beschrieben. Anschließend werden die Wirtschaftslage und die Reformmaßnahmen nach 1985 behandelt. Alle Kampagnen, Programme und Gesetze seien letztlich im Rahmen des zentralen administrativen Systems geblieben, sie hätten keine nennenswerten positiven Effekte erzielen können. Hinzugekommen seien Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung der Industrie (Konversion), Transport- und Energiewirtschaft. Der Handel zwischen den Republiken habe abgenommen, wegen zunehmender Autarkiebestrebungen einzelner Republiken sei der inländische sowjetische Markt zerfallen. Das Zusammenwirken von fundamentalen monetären, fiskalischen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten sowie das Auseinanderbrechen des Inlandsmarktes hätten zu einer ernststen Zuspitzung der Lage geführt, so daß der Druck auf die sowjetischen Behörden größer geworden sei, umfassendere Reformmaßnahmen einzuleiten.

Ein Abschnitt befaßt sich mit den Relationen zwischen dem Zentrum und den Republiken. Die Möglichkeiten einzelner Republiken, unter den gegebenen Bedingungen radikale Reformmaßnahmen im Alleingang zu versuchen, werden als sehr begrenzt eingeschätzt, da mit Handels- und Kapitalrestriktionen der übrigen Republiken zu rechnen sei.

Im zweiten Band werden verschiedene Bereiche einer sinnvollen Systempolitik diskutiert. Ein Schlüsselement dabei ist eine durchgehende Preisreform. Es wird deutlich, daß bei einer sofortigen Freigabe aller Preise mit beträchtlichen Risiken zu rechnen ist. Doch auch die Alternative, die Preise nur schrittweise freizugeben, ist mit zahlreichen Risiken verbunden, die von den sowjetischen politischen Instanzen unterschätzt worden sind (Belastung des Staatsbudgets, ineffektive Allokation von Ressourcen, Förderung von Schwarzmärkten, Förderung von Monopolen

durch fehlenden Preiswettbewerb, Notwendigkeit einer umfassenden Preiskontrolle).

Daher wird in der Studie vorgeschlagen, die Preise umgehend für fast alle Güter freizugeben. Empfohlen wird ferner eine umfassende Unternehmens- und Handelsreform, die größtmögliche Förderung ausländischer Direktinvestitionen, die Einrichtung eines funktionierenden Banken- und Finanzsystems sowie eines sozialen Netzes, Maßnahmen für einen effizienten Arbeitsmarkt. Auch eine Reform des Rechtssystems, das die Privatinitiative sichert und die Zuständigkeiten einzelner staatlicher Instanzen klar regelt, sei unumgänglich.

In Band drei wird der Zustand einzelner Bereiche beschrieben. Als besonders wichtig werden dabei Reformen im Verteilungs- und Transportsystem sowie im Be-

reich der Telekommunikation genannt. Auch für die anderen Wirtschaftszweige sei eine grundlegende Modernisierung erforderlich. Vor allem im Umweltbereich bestehe ein beträchtlicher Handlungsbedarf.

Zum Schluß werden die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten unter unterschiedlichen politischen Bedingungen erörtert. Dabei weisen die Autoren auf die Fragwürdigkeit solcher Prognosen hin. Sowohl ein radikales als auch ein konservatives Reformprogramm seien mit zahlreichen Risiken verbunden. Das Hauptproblem eines radikalen Programms sehen die Verfasser in einem ausreichenden politischen Konsens. Ein konservatives Programm könnte zu Beginn weniger schmerzhaft sein, mittel- und langfristig seien aber schlechtere Ergebnisse zu erwarten.

JÜRGEN DRZYMALLA

FAZ ✓  
01.07.91,  
Nr. 149,  
S. 16

## Gorbatschows Reform-Dilemma

Über die Wirtschafts- und Finanzkrise der Sowjetunion

*Judy Shelton: The Coming Soviet Crash. Gorbachev's Desperate Pursuit of Credit in Western Financial Markets.* Verlag The Free Press, New York/London 1989, 246 Seiten, 22,50 Dollar.

Judy Sheltons herausfordernd geschriebenes Buch ist keine wissenschaftliche Abhandlung. Die Autorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Hoover-Instituts, wendet sich vor allem an die interessierte Öffentlichkeit. In „The Coming Soviet Crash“ beschreibt sie die sowjetische Wirtschafts- und Finanzkrise, die – wie Judy Shelton meint – wesentlich ernster sei, als in den Staaten der westlichen Welt bisher angenommen. Da die Sowjetunion die großen Schwierigkeiten nicht allein lösen könne, sei sie auf westliche Kapitalhilfe angewiesen. Die westliche Welt dürfe dabei aber ihre eigenen Sicherheitsinteressen nicht vernachlässigen und sich nicht durch ein zu hohes finanzielles Engagement in den Strudel der sich anbahnenden sowjetischen Finanzkatastrophe hineinziehen lassen.

Das Buch ist in drei Hauptteile gegliedert: The Financial Condition of the Soviet Union, How Moscow Acquires Outside Financing und Guidelines for the West. Im ersten Teil wird die kritische Lage des sowjetischen Finanzsystems beschrieben. Der sowjetische Staatshaushalt sei in der Vergangenheit durch geschickte Manipulationen der Finanzstatistik zu positiv dargestellt worden. Es folgt eine Auflistung der Ursachen für die Wirtschaftsmisere.

Die Aussichten Gorbatschows, hier entgegenzusteuern, beurteilt Judy Shelton pessimistisch, da die sozialen Folgen einer umfassenden Wirtschaftsreform (Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen vor allem für Lebensmittel) die Stabilität des politischen Systems gefährdeten. Die Chancen, die Krise durch Zahlungsbilanzüberschüsse in Devisen zu meistern, werden wegen des technologischen Rückstandes, der mangelnden Konkurrenzfähigkeit sowjetischer Waren und anderer Faktoren als gering eingestuft. Folglich sei die Sowjetunion auf umfangreiche westliche Kredite, in jeder erdenklichen Form angewiesen; diese

werden im zweiten Teil des Buches im einzelnen aufgeführt.

Shelton sieht dabei mehrere Gefahren für den Westen. So verfügten westliche Regierungen und Banken nicht über ausreichende Informationen über die Außenverschuldung des Landes. Banken und andere Kreditgeber müßten die zuständigen internationalen Finanzorganisationen besser informieren, um eine Deslabilisierung der Finanzmärkte zu vermeiden. Ferner sei nicht nachprüfbar, wofür diese Kredite tatsächlich verwandt würden. Durch großzügige Kreditgewährung werde außerdem der notwendige Anpassungsprozess in der Sowjetunion (Ressourcetransfer vom militärischen in den zivilen Bereich) verzögert.

Im letzten Teil des Buches folgen acht wirtschaftspolitische Empfehlungen an den Westen, die Shelton bewußt herausfordernd formuliert. Sie warnten vor einer Überschätzung des realisierbaren Wirtschaftspotentials der Sowjetunion und des Handlungsspielraums Gorbatschows. Der Westen müsse unter amerikanischer Führung seine finanziellen Hebel gezielt und koordiniert einsetzen, um die Sowjetunion zum Einhalten internationaler Regeln zu zwingen. Dabei sei großzügige Wirtschaftshilfe für Konzessionen in bestimmten Bereichen (Menschenrechte) fragwürdig und gefährlich. Auch müßten bessere Informationen über die tatsächliche sowjetische Außenverschuldung gesammelt werden.

Ein kurzer Anmerkungsstil macht den Leser vor allem mit amerikanischen Quellen vertraut, ein Schlagwortverzeichnis führt auch sowjetische Reformökonomien auf. In bestimmten Bereichen ist das Buch nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand, so fehlen aktuelle Zahlen über die Höhe des sowjetischen Haushaltsdefizits (100 Milliarden Rubel). Die Diskussion in der Sowjetunion geht mittlerweile weiter, als es die Zitate ausweisen. Viele Thesen der Autorin sind anfechtbar, sie werden Widerspruch auslösen. Die Grundaussagen des Buches aber sind in jüngster Zeit durch sowjetische Ökonomen bestätigt worden.

JÜRGEN DRZYMALA

FAZ 18.11.91, Nr. 268, S. 16

## Wirtschaftsbücher

### Die Reformen in Osteuropa

Möglichkeiten, Erfordernisse, Finanzierung / Eine Studie

*Group of Thirty (Herausgeber): Financing Eastern Europe*, Washington, D. C., 1991. 203 Seiten, 15 Dollar.

Die Umwälzungen in Osteuropa haben dort große Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Wie sich jedoch zeigt, ist die Transformation der ehemaligen kommunistischen Ordnungen in freiheitliche Gesellschaftsordnungen mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden. Vor allem die Transformation in der Wirtschaft erweist sich als weit schwieriger als zunächst angenommen.

Seit dem Frühjahr 1990 beschäftigt sich auch die sogenannte Dreißigergruppe mit diesem Thema. Die Dreißigergruppe besteht seit 1978; sie hat rund 30 Mitglieder: Experten aus den Bereichen Finanzen, Geschäft und Wissenschaft aus aller Welt. Die Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Fragen der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik von einem neutralen und unparteiischen Standpunkt aus zu analysieren. Im Juli 1990 hat das Gremium eine besondere Studiengruppe gebildet, die sich mit der wirtschaftlichen Transformation in den osteuropäischen Reformstaaten befaßt. Die Gruppe hat sich dabei auf die sechs wichtigsten Länder Osteuropas konzentriert, auf Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien. Die Sowjetunion ist in die Untersuchung nicht einbezogen worden.

In der Studie werden die unterschiedlichen Reformgeschwindigkeiten der einzelnen Staaten verdeutlicht. Die größten Erfolge, heißt es, habe Polen vorzuweisen; das Land habe ein weites mikro- und makroökonomisches Reformprogramm eingeführt. Auch Ungarn habe Fortschritte gemacht, die Reformen seien dort allerdings schon lange in Gang. Weiter zurück lägen Rumänien und Bulgarien. Die makroökonomische Situation aller Reformländer wird in vier Tabellen mit Zahlen präsentiert. Deutlich werden dabei die negativen Wachstumsraten in

den Ländern für 1990; besonders stark ist der Rückgang in Polen, Bulgarien und Rumänien. Die Verschlechterung der Handelsbedingungen mit der Sowjetunion betrifft alle Länder, besonders Bulgarien, Polen und die Tschechoslowakei. Für jedes einzelne Reformland werden in einer Tabelle übersichtlich der Stand der Strukturformen (Preisreform, Privatisierung, Außenhandel, Konvertibilität, Wechselkurspolitik) und der Stand der Reform des Finanzbereichs (Reorganisation der Zentralbank, Schaffung von Finanzinstitutionen, Kreditallokation und Instrumente der Geldpolitik, Zinsen, ausländische Banken, inländischer Aktienmarkt) dargestellt.

In der Studie wird darauf hingewiesen, daß die Reformen schnell verwirklicht werden müßten und daß es sinnvoll sei, möglichst an mehreren Fronten gleichzeitig vorzugehen. Erforderlich seien weiterhin makroökonomische Stabilisierung sowie Reformen in spezifischen Bereichen (Deregulierung der Zinsen und Aufgabe der staatlichen Kreditallokation; rasche Privatisierung; Formierung und Entwicklung des privaten Geschäftsbereichs; weitere Öffnung des Außenhandels und Konvertibilität; Rückversicherung für Exportkredite; Verbesserung der Qualität der ökonomischen Information, die vor allem dem Privatbereich zur Verfügung steht). Unrealistische Erwartungen der Menschen, der westeuropäische Lebensstandard könne sofort erreicht werden, müßten gedämpft werden.

Eine Schlüsselfrage für den Reformprozeß ist die der Finanzierung. Die Studiengruppe versucht zu zeigen, in welchem Umfang Finanzmittel gebraucht werden und woher sie kommen sollen. Exakte Angaben ließen sich wegen der dramatischen Veränderungen in Osteuropa, die noch im Gange seien, nicht machen. Auch die Lage der OECD-Länder habe sich, bedingt durch die Rezession in vielen Mitgliedsstaaten und die Belastun-

gen der deutschen Wiedervereinigung, wesentlich verändert. Der Finanzbedarf der Reformstaaten werde durch vier Faktoren bedingt; Polen müsse seine Alt-schulden bedienen; die Veränderungen in den Terms of trade im Handel mit der Sowjetunion belasteten die Zahlungsbilanz aller Länder erheblich; der Transformationsprozeß selbst benötige Ressourcen, die importiert werden müßten; die Exportchancen der Reformländer seien, bedingt durch die schwache Wirtschaftslage in den OECD-Staaten und den Zusammenbruch der Sowjetunion, geringer geworden.

Um den Kapitalbedarf der Reformstaaten zu ermitteln, werden zwei Modelle vorgestellt. Im Ausgangsmodell wird davon ausgegangen, daß das bisherige Reformtempo in den Ländern erhalten bleibt. Danach würde das Sozialprodukt in der Region 1991 und 1992 zurückgehen, 1993 bis 1995 im bescheidenen Maße steigen. Potentielle Investoren würden durch diese düsteren Aussichten eher zurückgeschreckt – vor allem weil die politische Akzeptanz des Reformprozesses wegen der sozialen Härten nicht gesichert sei.

Um dieses Risiko zu reduzieren, müßten die Reformen beschleunigt werden. Das wird im zweiten Modell erörtert. Ziel sei hier, ein schnelleres Wirtschaftswachstum zu erreichen und für ausländisches Kapital attraktiver zu werden. Für die Zeit von 1993 bis 1995 seien deutlich höhere Wachstumsraten möglich. Allerdings würden bei dieser Variante zur Überbrückung der Anpassungsschwierigkeiten zunächst deutlich höhere öffentliche Kredite benötigt. Die internationalen Finanzorganisationen seien hierbei von besonderer Bedeutung.

Die Autoren weisen ausdrücklich darauf hin, daß auch die Industriestaaten von einem Gelingen der Reformen aus vielen Gründen profitieren werden. Sie müßten im eigenen Interesse ihre Märkte öffnen und großzügige Hilfe leisten. Aufgabe der Reformstaaten sei es, im eigenen Interesse die Reformen zügig voranzutreiben. In einem Anhang werden für jedes Land die Investitionsbedingungen erörtert. Die Ergebnisse der Studie werden auch auf Tschechisch, Ungarisch und Polnisch zusammengefaßt. JÜRGEN DRZYMALLA

FAZ v. 26.08.1991, Nr. 197,  
S. 12.

## Wirtschaftsbücher

### Schmerzhafter Anpassungsprozeß

Der Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft

*OECD (Herausgeber): Transformation of Planned Economies: Property Rights Reform and Macroeconomic Stability. Paris 1991, 126 Seiten, 49 DM.*

Die Transformation von Zentralverwaltungswirtschaften in marktwirtschaftliche Ordnungen ist ein außerordentlich komplexer, in dieser Form historisch einmaliger Vorgang. Wie auch andere Institutionen, so untersucht das neugeschaffene Zentrum für Kooperation mit den europäischen Volkswirtschaften im Übergang (CCEET) die Anpassungsschwierigkeiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten – mit dem Ziel, diesen Staaten zu helfen.

Der neue OECD-Band ist das Ergebnis zweier Seminare, die im Juni letzten Jahres vom Zentrum für Kooperation mit den europäischen Volkswirtschaften veranstaltet worden waren. Das Thema der Seminare waren die Reform der Eigentumsrechte sowie die strukturellen Voraussetzungen für die makroökonomische Stabilisierung. Gerade hier, erfährt der Leser, bestünden noch viele Unklarheiten und Kontroversen.

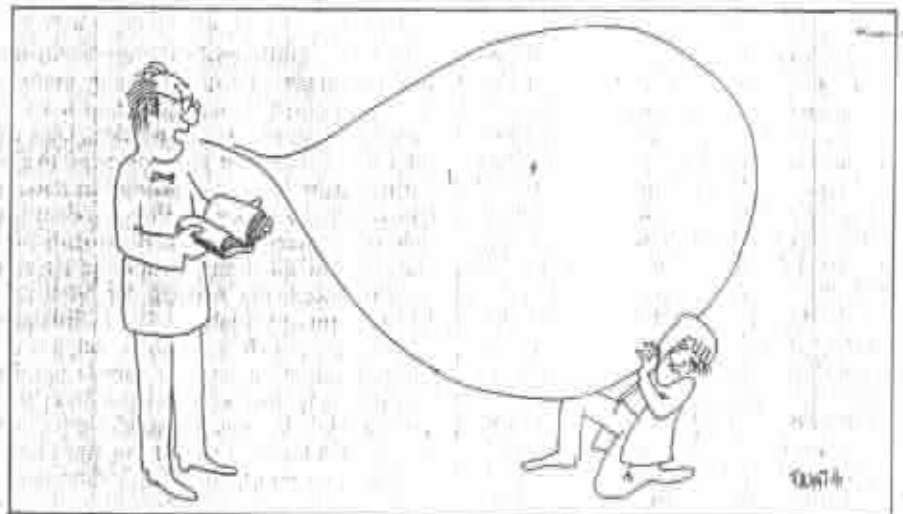
Die herkömmliche Wirtschaftstheorie bietet wenig konkrete Hilfen, wie der Übergang von zentraler Planung zur Marktwirtschaft vollzogen werden sollte. Kostenträchtige und zeitaufwendige Debatten seien notwendige Bestandteile dieses Prozesses. Eine Reform der Eigentumsrechte – im Sinne vor allem einer Privatisierung – sei zur dauerhaften Verbesserung der ökonomischen Effizienz und zur Entlastung der Staatshaushalte erforderlich. Große Meinungsunterschiede gebe es darüber, welche Unternehmen zu privatisieren seien und wer sie übernehmen sollte, wobei spezifische Gruppeninteressen unterschiedliche Strategien zweckmäßig erscheinen ließen. Kontrovers sei auch, ob Monopole vor oder erst nach der Privatisierung entflochten werden sollten.

Vor allem vier technische Faktoren, heißt es in dem Sammelband weiter, behinderten den Ablauf der Privatisierung erheb-

lich: Der Mangel an marktgerechten Bewertungskriterien für die Staatsunternehmen; das Festsetzen von marktgerechten Mindestpreisen für die Übernahme von Staatsunternehmen; die Ressentiments gegen Übernahmen durch Ausländer; die Klärung kritischer Sachverhalte wie tatsächliche Eigentumsverhältnisse, Altschulden und Altlasten.

Ein weiterer Diskussionspunkt sei das sogenannte „sequencing“ – die Frage, in welcher Reihenfolge die Reformschritte ge-

1990 habe im Export, bei der Inflationbekämpfung sowie bei der Stabilisierung der Wechselkurse bereits Erfolge erzielt. Die Produktion, die Beschäftigung und die Reallohne seien dagegen beträchtlich gesunken. Die Länderstudie zu Ungarn befaßt sich mit der Reform der Eigentumsrechte, wobei der Schwerpunkt auf die Privatisierung gelegt wird. Diese führe zu einer Verbesserung der Unternehmensleistungen in vielen Bereichen (verbesserte Gewinne und Löhne, erhöhte Arbeits- und Kapitalproduktivität, Einführung neuer Technologien sowie Steigerung der Hartwährungsexporte). Dafür müsse die Zahl der Beschäftigten verringert werden. Als Folge der Privatisierung nähmen Betrügereien und Steuerhinterziehung zu, was jedoch nicht gegen die Privatisierung an sich spreche. Erforderlich sei mehr Transparenz in diesem Prozeß. In der Länderstudie zur Sowjetunion werden die



gangen werden sollten. Die Gegner der „sequencing“-Debatte hielten diese Diskussion für überflüssig und schädlich; notwendig sei eine entschlossene Wirtschaftspolitik. Die Befürworter dieser Debatte sahen die Gefahr ernster Fehlentscheidungen durch die Regierungen, wenn nicht vorher über die richtige Strategie nachgedacht werde.

Anhand des polnischen Modells werden Einzelschritte der Privatisierung sowie die Reform der Finanzmärkte untersucht. Das einschneidende Stabilisierungsprogramm der Regierung Mazowiecki vom 1. Januar

Strukturbedingungen für ein stabiles Geldwesen sowie eine effiziente Allokation von Investitionen analysiert. Wegen der sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftslage bleibe dem Land nur eine schnelle, möglicherweise „schmutzige“ Reform. Beim Studium dieses OECD-Bandes wird deutlich, wie schmerzhaft der Anpassungsprozeß in den Reformstaaten wird. Auch die Experten können in vielen Bereichen keine eindeutigen Antworten geben; sie müssen oft selbst dazulernen. JÜRGEN DRZYMALLA

## Wirtschaftsbücher

### Der schwierige Weg in die freie Wirtschaft

Berichte des Währungsfonds über die Reformen in den GUS-Republiken

*Internationaler Währungsfonds (Herausgeber): Economic Review: Russian Federation, Washington D. C. 1992, 115 Seiten, 10 Dollar.*

*Internationaler Währungsfonds (Herausgeber): Economic Review: Ukraine, Washington D. C. 1992, 69 Seiten, 10 Dollar.*

*Internationaler Währungsfonds (Herausgeber): Economic Review: Common Issues and Interrepublic Relations in the Former USSR, Washington D. C. 1992, 55 Seiten, 10 Dollar.*

Die Sanierung der maroden Volkswirtschaften der GUS-Republiken erfordert die finanzielle und technische Hilfe internationaler Finanzorganisationen. Zwischen September 1991 und März 1992 haben alle Republiken formelle Beitrittsanträge für eine Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds gestellt. In dieser Zeit haben Fachleute des Fonds die einzelnen Republiken bereist, um die ökonomische und wirtschaftspolitische Lage vor Ort zu untersuchen und die notwendigen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft zu klären. Auf der Basis der dort geführten Diskussionen und bereitgestellten Daten sind für die Volkswirtschaften jeder einzelnen Republik entsprechende Berichte ausgearbeitet worden. Die Ergebnisse für die zwei wichtigsten GUS-Republiken Rußland und Ukraine hat der Internationale Währungsfonds jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Autoren präsentieren eine Vielzahl interessanter Daten und Fakten. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den makroökonomischen Größen, der Reform-, Geld- und Finanzpolitik. Die Autoren beschränken sich dabei auf die nächtliche Beschreibung der Fakten und Schwierigkeiten; auf Wertungen wird verzichtet. Die Ergebnisse des russischen Kongresses der Volksdeputierten vom April 1992 und dessen Auswirkungen auf

die Reformpolitik haben nicht mehr berücksichtigt werden können.

Die russische Regierung, heißt es in dem Bericht, unternehme eine Vielzahl von Maßnahmen, um den Übergang zu einer offeneren und marktorientierten Wirtschaft zu erreichen: Preisreform, Unternehmensreform, Entwicklung des privaten Bereichs, Orientierung am Wettbewerb und Bekämpfung der Monopole, Entwicklung des Finanzbereichs, Reform des Außenhandels und der Investitionspolitik, ein soziales Sicherheitsnetz, größere Systemreformen in Energie- und Landwirtschaft.

Notwendige Voraussetzung für den Aufbau effizienter Märkte sei ein konsistenter rechtlicher Rahmen. Örtliche administrative Einheiten hätten jedoch Regeln und Bestimmungen erlassen, die den Gesetzen der Zentralregierung widersprächen. Die partielle Preisfreigabe in Rußland zu Beginn dieses Jahres habe schon zu Reaktionen auf der Angebotsseite geführt: ein großer Teil der Einzelhandelsaktivitäten finde jetzt auf der Straße statt; viele Produzenten versuchten, sich unter Umgehung des Einzelhandelsnetzes direkt an die Verbraucher zu wenden; Güter, deren Preise freigegeben worden seien, würden häufig mehr angeboten als solche, die im Preis noch gebunden seien. Ein Kern der Reformen sei die Privatisierung des staatlichen Bereichs. Hier beginne man schnell mit der Veräußerung von kleineren Betrieben über Auktionen. Bei den größeren Unternehmen sei mehr Zeit erforderlich, hier habe man in mehreren Stufen vorzugehen. Bestandteil einer aktiven Antimonopolpolitik in Rußland sei eine Überwachung des Preisverhaltens von marktbeherrschenden Unternehmen, hierfür sei eine spezielle Unternehmensliste angefertigt worden.

Im Schlußteil des Rußland-Berichtes werden jene Gebiete beschrieben, wo nach Ansicht der Autoren die technische Hilfe des Fonds ansetzen müßte: in der Geld- und Fiskalpolitik, in der Statistik und der Ausbildung. Im Anhang findet sich ein in-

teressanter aktueller Überblick über das russische Steuersystem.

Auch im Bericht über die Ukraine wird ein Überblick über die schon eingeleiteten und beabsichtigten Reformmaßnahmen gegeben. Ende März 1992 habe die ukrainische Regierung einen Entwurf für die weitere Wirtschaftsreform vorgelegt, der aus drei Elementen bestehe: Stabilisierung durch Kombination von Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik; Beschleunigung der Entwicklung marktorientierter Strukturen (vor allem weitere Preisliberalisierung, schnelle Privatisierung im Handels-, Verteilungs- und Dienstleistungsbereich, Kommerzialisierung der Staatsunternehmen und Liberalisierung des Außenhandels); Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsschichten beim Übergang zur Marktwirtschaft.

Der Bericht des Währungsfonds über die Beziehungen der GUS-Republiken untereinander enthält einen Überblick über aktuelle Entwicklungen und Schwierigkeiten in diesem Bereich. Die wirtschaftspolitische Koordination in verschiedenen Bereichen (Preispolitik, Geldpolitik, Fiskalpolitik, Wechselkurspolitik) habe praktisch nicht stattgefunden. Einige Republiken beabsichtigten, eigene Währungen einzuführen, wie Moldova und die Ukraine. Die Mehrzahl der Republiken ziehe einen Verbleib im Rubelraum vor, sei jedoch über die mangelnde Koordination der Fiskalpolitik und das Bestreben der Nachbarrepubliken, eigene Währungen einzuführen, besorgt. So bereite Kasachstan die Grundlagen für die Einführung einer eigenen Währung vor, falls dies notwendig sein sollte. Der Weiterbestand der Rubelzone, meinen die Währungsfonds-Berichtersteller, hänge von drei Faktoren ab: von der Stabilität des Rubels, von einer zügigen Lösung der Frage der Gewinnverteilung aus der Münzprägung, von einer raschen Behebung der Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Rubelbanknoten.

Beim Studium der Berichte wird deutlich, daß die eigentliche Reformphase in den GUS-Staaten erst begonnen hat. Alles befindet sich im Umbruch, eine abschließende, fundierte Bewertung ist noch nicht möglich. Sicher erscheint nur, daß der zu erwartende deutliche Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit großen Teilen der Bevölkerung auch weiterhin noch viele Opfer abverlangen wird. Die Reformen werden keine leichte Aufgabe haben. JÜRGEN DRZYMALLA